

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationssstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

9 + 10/80

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rück-

20. Juni

Erstmals über 5000 Studenten

Erstmals ist die Zahl der Studenten der Universität Oldenburg im Sommersemester 1980 über 5.000 gestiegen. Im Wintersemester 1979/80 studierten 4.960 an der Hochschule, jetzt sind es über 5.100. Der Andrang der Studienbewerber war wieder verhältnis-

mäßig groß. Immerhin schrieben sich annähernd 500 Studenten ein, davon je die Hälfte für die einphä- sige Lehrerausbildung und für die Diplomstudiengänge. Über 300 Studenten exmatrikulierten sich - vornehmlich wegen Beendigung ihrer Ausbildung.

Raapke: „Nicht vor dem Lehrerstudium warnen“

Keine Lehrerschwemme bis Mitte der 90er Jahre

„Nicht vor dem Lehrerstudium warnen.“ Dies ist das Resümee, das der Interimspräsident der Universität Oldenburg, Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, aus einer Reihe von neuen Erkenntnissen und Prognosen über die neue Lehrerausbildung und den Lehrerbedarf gezogen hat. Raapke stützt sich dabei auf Ergebnisse, die jetzt in der Niedersächsischen Landeshochschulkonferenz, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und auf einer Tagung über den Hochschulausbau in Niedersachsen des DGB vorgetragen worden sind.

Zweifellos, so erklärte Raapke, gäbe es zur Zeit noch viele arbeitslose und kurzarbeitende Lehrer. Vor allem beim Eintreten in den Beruf müssten Lehrer offenkundig noch Schwierigkeiten und Verzögerungen hinnehmen. Aber es wachse auch allmählich wieder die Zahl der unbesetzten Stellen - besonders in abgelegenen Landgebieten und in weniger attraktiven Städten.

Auf diesem Hintergrund habe jetzt auch die Landeshochschulkonferenz dem Niedersächsischen Wissenschaftsminister dringend von einer weiteren Verminderung der Lehrerausbildungskapazität abgeraten. Als „unvorstellbar“ bezeichnete in diesem Zusammenhang Raapke den Vorschlag des Wissenschaftsrates, die Grund- und Hauptschullehrer- ausbildung von den Universitäten Braunschweig, Göttingen, Hannover abzuheben und nach Hildesheim zu verlagern. In einem Arbeitspapier für die Landeshochschulkonferenz, die sich aus den Leitern aller niedersächsischen Hochschulen zusammensetzt, vertritt Raapke die Auffassung, daß voraussichtlich die Hälfte oder noch mehr der etwa 7.000-8.000 Stu-

dienplätze in diesem Bereich auf der Strecke bleiben würden.

Raapke geht davon aus, daß es in absehbarer Zeit keineswegs - wie bisher immer prognostiziert - eine Lehrerschwemme geben werde. Dies machten Zahlen deutlich, wie sie vor allem vom Institut für Regionale Bildungsplanung, Arbeitsgruppe Standortforschung, in Hannover ermittelt worden seien. Für die Mitglieder der Landeshochschulkonferenz sei dabei deutlich geworden, daß sowohl aufgrund der rechnerischen Prognosen als auch wegen des jetzt neuerdings an den Hochschulen zu beobachtenden Studierverhaltens der Studienanfänger voraussichtlich bis etwa 1995 mit einem nennenswerten Überschuß an Lehrern nicht zu rechnen sei werde.

Die stark rückläufige Wahl von Studiengängen für die Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern ist nicht zu übersehen, ebenso wenig die immer stärkere zeitliche Verzögerung beim Übergang vom Abitur zum Studium. In immer mehr Fällen schieben die künftigen Studenten erst eine praktische Berufsausbildung vor

Fortsetzung auf S. 2



CDU-Abgeordnete beim Präsidenten

Im Rahmen der kontinuierlichen Gespräche mit den Parteien hat Interimspräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke mit den CDU-Landtagsabgeordneten des Nordwestraums über den Ausbau sowie über die Einrichtung neuer Studiengänge an der Universität diskutiert. Außerdem wurde erneut über die Möglichkeiten einer Nachfolgeeinrichtung in den Gebäuden des Wilhelmshavener Max-Planck-Instituts gesprochen. Vor anderthalb Jahren hatte sich die Universität vergeblich um den Komplex bemüht.

Es wird gerammt

Die Baufirma, die den Zentralbereich am Uhlhornsweg errichtet, teilte mit, zu welchen Zeiten sie Pfähle in die Erde rammt. Montags dauern die Arbeiten jeweils von 10 bis 12.30 Uhr und von 13 bis 18 Uhr, dienstags bis donnerstags von 7 bis 12.30 Uhr und von 15 bis 18 Uhr, freitags von 7 bis 13 Uhr. Ende August soll die Pfahlgründung abgeschlossen sein.

Die genauere Untersuchung der Beschäftigungsbereiche ergab, daß 31 Absolventen im Bereich Stadtplanung, drei in der Regionalplanung, vier in Lehre und Forschung und zwei als Referendare tätig sind. 52 Prozent arbeiten im öffentlichen Dienst, 13 Prozent in privaten Büros und 26 Prozent als Selbstständige. Nicht in allen Fällen konnte allerdings eine Tätigkeit vermittelt werden, die auch tatsächlich der Qualifikation der Bewerber entspricht.

Erfolgversprechender Platz für Oldenburger Raumplaner

Studiengang erfaßte Berufstätigkeit der Universitätsabsolventen

In einer ersten Analyse untersuchte der Studiengang Raumplanung der Universität die Berufsaussichten und Entwicklungsmöglichkeiten in der beruflichen Tätigkeit seiner Absolventen. Professor Dr. Klaus Brake und Dipl. Ing. Werner Steiner kommen zu dem Schluß, daß sich die Oldenburger Raumplaner-Ausbildung in der Bundesrepublik durchsetzt. Zu einer positiven Einschätzung kommen dabei auch Absolventen und Arbeitgeber.

Die ersten 50 Absolventen haben inzwischen ihre Ausbildung abgeschlossen, im Sommer 1979 fand daher eine erste Untersuchung zur Arbeitsmarktsituation der Oldenburger Diplom-Ingenieure statt. Dabei wur-

de festgestellt, daß 40 Absolventen einen Arbeitsplatz gefunden haben. Sie haben sich durchschnittlich zehnmal beworben.

Die genauere Untersuchung der Beschäftigungsbereiche ergab, daß 31 Absolventen im Bereich Stadtplanung, drei in der Regionalplanung, vier in Lehre und Forschung und zwei als Referendare tätig sind. 52 Prozent arbeiten im öffentlichen Dienst, 13 Prozent in privaten Büros und 26 Prozent als Selbstständige. Nicht in allen Fällen konnte allerdings eine Tätigkeit vermittelt werden, die auch tatsächlich der Qualifikation der Bewerber entspricht.

Horst Zilleßen erster gewählter Präsident

Absolute Mehrheit im zweiten Wahlgang

Großer Beifall brach bei der „Linken Liste“ und bei der Professorengruppe „Demokratische Hochschule“ aus, als am 4. Juni Gremiensachbearbeiter Wolfgang Wulf um 14.15 Uhr an die am Podium der Aula aufgestellte Tafel hinter dem Namen Zilleßen die Zahl 47 schrieb. Das bedeutet: Der Sozialwissenschaftler Dr. Horst Zilleßen hatte die absolute Mehrheit der Stimmen im Konzil im zweiten Wahlgang erreicht und damit das Ziel seiner Bewerbung: die Präsidentschaft der Universität Oldenburg. Kanzler Jürgen Lüthje, noch zwei Tage zuvor Favorit dieser Wahl, mußte sich mit 42 Stimmen geschlagen geben. Auf der Strecke blieb in diesem Duell der Essener Architekturprofessor Wolfgang Thomas. Er erhielt - weit unter Wert geschlagen - im ersten Wahlgang lediglich zwei Stimmen.

Der 42jährige Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), Dr. Horst Zilleßen, konnte sich bei seiner Wahl hauptsächlich auf ein Bündnis von Professoren unterschiedlicher Colleus und auf Minderheiten im sogenannten Mittelbau und Dienstleistungsbereich stützen. Die entscheidende Rolle spielt dabei die Koalition der größten Hochschullehrergruppe, der „Demokratischen Hochschule“ (DH), mit der „Linken Liste“ (Lili), die sowohl Hochschullehrer wie wissenschaftliche Mitarbeiter in ihren Reihen hat. Das Zustandekommen dieses Bündnisses war umso überraschender, als sich die beiden Gruppen als Pole im Rechts-Links-Spektrum innerhalb der Universität verstehen. Doch die politischen Positionen der noch im

Rennen verbliebenen Bewerber geben wohl auch nicht den Ausschlag für den Zuschlag der Stimmen, denn die lagen nicht so weit auseinander. So war es auf Seiten der „Linken Liste“ auch wohl eine Anti-Lüthje-Entscheidung mit variantenreichen Begründungen. Sie reichten von mehr oder weniger persönlich gefärbten Aversionen bis hin zu der Argumentation, Lüthje müsse Kanzler bleiben, „damit der Minister uns nicht irgendjemanden setzt.“

Bei der DH spielte dagegen die künftige Beteiligung in der Uni-Spitze die wichtigste Rolle. Großen Ärger hatte bei ihr die Tatsache ausgelöst, daß ihr Kandidat, der Historiker Professor

Interview mit Horst Zilleßen auf Seite 2

Dr. Ernst Hinrichs, nicht auf die Dreierliste des Senats gekommen war. Als sich dann auch keine Mehrheit für ihn als Vizepräsident abzeichnete, unterbreiteten Hochschullehrer der Lili der „Demokratischen Hochschule“ ein Angebot: Wahl Zilleßens durch die DH, dafür bedingungslose Unterstützung eines von der DH benannten Kandidaten für den ersten Vizepräsidenten. Zwei Tage vor der Wahl wurde der Vorschlag von Mitgliedern der Lili abgesegnet, die über 17 Sitze im Konzil verfügt. 24 Stunden später nahm auch die „Demokratische Hochschule“ mit ihren 26 Vertretern im Konzil das Angebot mehrheitlich an. Zwar

Fortsetzung auf S. 2

Vorschlag für Vizepräsidenten

Der Senat hat für die am 25. Juni stattfindende Wahl der beiden Vizepräsidenten dem Konzil drei Kandidaten vorgeschlagen: den Dekan des Fachbereichs II, Pro-

fessor Dr. Peter Köll, die Mathematikerin Professor Dr. Irene Pieper-Seier und den zur Zeit amtierenden Interimspräsidenten Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke.

Gegenbesuch aus Groningen am 23. Juni

Am 23. Juni 1980 wird eine Delegation der Rijksuniversiteit te Groningen die Universität Oldenburg besuchen. Die Groninger Gruppe, der u.a. der dortige Rektor Professor Dr. Borgmann und Kanzler Kuvers angehören werden, will insbesondere Organisation und Verwaltung der Universität Oldenburg kennenlernen. Dies ist der erste offizielle Besuch von Mitgliedern der Groninger Universitätsleitung bei ihrem neuen Kooperationspartner in Oldenburg. Gesprochen wird dabei auch über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit und über die Verwendung der im Kooperationsvertrag vorgesehenen Finanzmittel.

Im Rahmen des Kooperationsvertrages sind bereits mehrere Projekte angekündigt, sowohl bei den Raumplanern wie bei den Naturwissenschaftlern beider Universitäten.

Region will in Jurakommission beteiligt sein

Bedauren haben die Mitglieder der Delegation, die im März dieses Jahres die „Denkschrift über die Einrichtung eines Studiengangs Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg“ an den Ministerpräsidenten überreicht haben, darüber geäußert, daß die bereits getroffene Grundsatzentscheidung der Landesregierung über die Einrichtung eines Jurastudienganges von einem Votum einer Expertenkommission abhängig gemacht werden soll. Bei einem Gespräch mit der Uni-Leitung in der Hochschule kritisierte die Delegation, die sich aus den Spitzen der Stadt, der Oldenburgischen Landschaft, der Industrie- und Handelskammer und der Anwaltskammer zusammensetzte, auch den zögerlichen Verlauf bei der Besetzung der Kommission. Gleichzeitig meldete sie Anspruch auf Beteiligung von Regionalvertretern an.

Kooperation mit Groningen

Gemeinsames Projekt über Nutzung der Ressourcen in der Ems-Dollart-Region

Auf Einladung von Prof. Dr. Kummerer (Regionalplanung) fand Mitte Mai ein Gespräch mit dem Groninger Professor von den Berg in Oldenburg statt. Von den Berg ist maßgeblich an der Planerausbildung der Universität Groningen beteiligt.

Im Rahmen eines 10-monatigen Ökonomie-, Soziologie-, Geographie- oder Biologie-Studiums können Studenten ein Jahr planungswissenschaftlich arbeiten, bevor sie dann ihre Diplomarbeit im eigenen Fachgebiet anfertigen.

Die einjährige Planungsaktivität der Studenten wird in Form eines Projektes durchgeführt: Nach viermonatiger Aufarbeitung der „Theorie“ und intensiver Einarbeitung in die Projektproblematik folgt die Projektbearbeitung und -durchführung vor Ort. Da das geographische Institut mit 25 wissenschaftlichen Mitarbeitern, welches die Planerausbildung inhaltlich begleitet, u.a. auf dem Gebiet der Regionalplanung in peripheren Gebieten langjährige Erfahrung besitzt, bietet sich hier eine enge Kooperation mit dem Projekt 42 „Regionale Entwicklungsprozesse“ der Universität Oldenburg an.

Zwischen den Berg und den Lehrenden Behnsen, Freytag, Kummerer, Ossorio und Windelburg wurde deshalb ein Projekt vereinbart, das den Titel „Gemeinsame Nutzungsmöglichkeiten gemeinsamer Ressourcen in der Ems-Dollart-Region“ trägt.

Nach einer Phase der „Inventarisierung“ von Lehrbüchern, Planwerken und universitären Projektberichten im Wintersemester 80/81, in dem sich die Lehrenden aus Oldenburg auch in die niederländische Sprache einarbeiten wollen, soll im SS 80 dann eine Analyse der gemeinsamen Regionalprobleme an beiden Universitäten erfolgen.

Damit in dieser Phase eine Koordination der Projektarbeit mit den Studenten erfolgen kann, soll je ein Lehrender aus Oldenburg und Groningen im gleichen Zeitraum Austausch an der entsprechenden Universität gewissermaßen als „Kontaktperson“ lehren.

Für das WS 81/82 ist die von Studenten und Lehrenden beider Universitäten gemeinsam zu gestaltende „Feldphase“ vorgesehen. Hier soll vor Ort in Ostfriesland und/oder der Provinz Groningen in einer sechsmontigen Intensivphase ein Plan ent-

wickelt und ansatzweise realisiert werden, der einen Teil der erkannten regionalen Problematik beseitigen soll. „Dabei geht es nicht um die übliche „Fallschirmplanung“, wo vorgefaßte Meinungen und Programme über der Bevölkerung abgeworfen werden, sondern um ein Konzept der Planung mit den regional wirksamen Institutionen und der vor Ort ansässigen Bevölkerung, erklärte von den Berg. Dieses Konzept der universitären

Kooperation auf der Ebene gemeinsamer (Lehr-)Projekte soll später ausgedehnt werden. Ebenso soll der Austausch von wissenschaftlichem Personal und Studenten durch Entwicklung geeigneter Strukturen (z.B. Anerkennungsabmachungen über Studienleistungen) institutionalisiert und verstärkt gefördert werden. Hierfür stehen nicht nur Mittel aus dem Kooperationsvertrag, sondern auch aus dem EG-Haushalt zur Verfügung. jw

Keine Warnung vor Lehrerstudium

Fortsetzung von S. 1
dem Studienbeginn ein. Das hat Auswirkungen auf die Belegung der Hochschulen insgesamt, so daß der sogenannte Studentenberg, dessen Spitze 1985 erreicht sein soll, voraussichtlich nur sehr langsam bis zum Ende der 90er Jahre abflachen wird.

Jedenfalls kann nach Ansicht Raapkes wohl kaum mit einem höheren Überschub an Lehrern gerechnet werden, „als das in anderen akademischen Ausbildungsgängen für normal gehalten wird“. Bemerkenswerte Überschüsse an Lehrern seien allenfalls in der Sekundarstufe II, und auch dort nur in einigen Fächern, zu erwarten.

Daher ist nach Auffassung des Erziehungswissenschaftlers eine Verminderung der Lehrerausbildungskapazität in Niedersachsen unter keinen Umständen anzustreben. Im Gegenteil: Die immer noch geltende Wiederbesetzungssperre für Stellen, die in den Hochschulen der Lehrerausbildung dienen, müsse dringend aufgehoben werden.

Für die Universität Oldenburg kommt es vor allem darauf an, daß nach dem Auslaufen des Modellversuchs der einphasigen Lehrerausbildung die Studiengänge mit Abschlußmöglichkeit für alle Schulformen und -stufen zumindest des allgemeinbildenden Schulwesens eingerichtet würden. Es dürfe auf keinen Fall die Realschullehrerausbildung aus Oldenburg abgezogen werden.

Für das WS 81/82 ist die von Studenten und Lehrenden beider Universitäten gemeinsam zu gestaltende „Feldphase“ vorgesehen. Hier soll vor Ort in Ostfriesland und/oder der Provinz Groningen in einer sechsmontigen Intensivphase ein Plan ent-

Horst Zilleßen erster Präsident

Fortsetzung von S. 1
stimmten nicht alle Vertreter der DH am nächsten Tag für Zilleßen, aber mit Unterstützung aus dem Bereich der Dienstleister setzte sich Zilleßen schon im ersten Wahlgang an die Spitze. Er erhielt 44 Stimmen, Lüthje 40, Thomas 2 Stimmen. Im zweiten Wahlgang konnte Zilleßen dann die absolute Mehrheit der Konzilsmitglieder auf sich vereinigen. 47 von 91 stimmten für ihn. Lüthje erhielt 42 Stimmen. 2 Konzilsmitglieder konnten sich nicht entscheiden und enthielten sich der Stimme.

Für Lüthje hatten der sozialdemokratisch orientierte „Arbeitskreis Hochschulpolitik“, der „Bund demokratischer Wissenschaftler“ und die Studentenvertreter sowie die Mehrheit der ÖTV gestimmt. Vertreter der Studenten (mit Ausnahme des LHV) und des BdWi machten allerdings klar, daß Lüthje nicht ihr Kandidat sei. Sie waren zunächst fest entschlossen gewesen, in den ersten beiden Wahlgängen keinem Kandidaten eine Stimme zu geben, um dann wieder ihre Kandidatin, die Mathematikerin Professor Dr. Irene Pieper-Seier, präsentieren zu können, die ebenfalls in der Dreierliste des Senats nicht berücksichtigt worden war. Unter dem Eindruck der großen Koalition bezeichneten sie dann bereits im ersten Wahlgang für Lüthje.

Der erste gewählte Präsident der Universität Oldenburg wird voraussichtlich am 1. Oktober sein Amt antreten. gh

Dieckert zwei Jahre nach Brasilien

Prof. Dr. Jürgen Dieckert, Sportwissenschaftler im FB I, wird am 1. September an der Universität Santa Maria in Santa Maria in Brasilien für zwei Jahre eine Gastprofessur antreten.

Dieckert, der sich bereits mehrfach in Brasilien aufgehalten hat, hatte das Angebot im vergangenen Jahr erhalten. Jetzt genehmigte der Minister die Gastprofessur.

Wie kommt die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik vom Tisch?

Forschungsvorhaben des Volkswirtschaftlers Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger

Wer darf wieviel verdienen, damit die Arbeitslosigkeit vom Tisch kommt? Die Beantwortung dieser Frage steht im Mittelpunkt eines Forschungsprojektes, an dem Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Hochschullehrer im Fach Volkswirtschaftslehre, der Wirtschaftsstatistiker Dr. Hans-Peter Litz und der Diplom-Volkswirt Jens B. Vetter von der Oldenburger Universität arbeiten.

Das Projekt - seine genaue Bezeichnung lautet: „Preis- und verteilungstheoretische Aspekte der Ursachen von Arbeitslosigkeit“ - wird aus Mitteln der VW-Stiftung finanziert. Es hat zunächst den Charakter einer Voruntersuchung, mit der geklärt werden soll, welche theoretischen und empirischen Möglichkeiten überhaupt bestehen, um in einer umfassenden Untersuchung den Kern der Frage befriedigend beantworten zu können und um schließlich eine Methode zu erarbeiten, mit deren Hilfe jährlich Prognosen für die „richtige“ Einkommensverteilung erstellt werden können.

Diese Frage ist von großer grundsätzlicher Bedeutung, hat jedoch einen ganz aktuellen Bezug. Denn in der Bundesrepublik muß seit 1973 ei-

ne andauernd hohe Arbeitslosigkeit registriert werden, und es muß erwartet werden, daß in der Zukunft bei einem verlangsamten Wirtschaftswachstum und steigender Erwerbsbevölkerung dieses Problem sich noch verschärfen wird.

Die Oldenburger Wissenschaftler sind davon ausgegangen, daß der volkswirtschaftliche Beschäftigungsgrad wesentlich mit der Einkommensverteilung verknüpft ist. Eine wissenschaftliche Methode zur Bestimmung der „richtigen“ Verteilung des Einkommens auf Löhne und Gewinne sei allerdings noch nicht gefunden worden, ließ der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch in seinem letzten Jahresgutachten verlauten.

Um die Arbeitslosigkeit abbauen zu können, fordern nun die Oldenburger Wissenschaftler, daß sich die wirtschaftspolitische Diagnose und Beratung hinsichtlich des Spielraums, der für die Lohnentwicklung vorgeschlagen wird, an der Vollbeschäftigung orientiert.“

Als Instrument einer solchen Diagnose die Wissenschaftler ein multisektorales Wachstumsmodell zur Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge entwickeln. Sie können sich dabei auf theoretische Vorarbeiten aus Cambridge stützen, die aber in mancher Hinsicht noch weiterentwickelt werden müssen. Mit Hilfe der Input-Output-Tabelle soll das Modell auf die Wirklichkeit bezogen werden, da - so Prof. Pfaffenberger - „zwischen reiner Wirtschaftstheorie und ihrer Anwendung eine erhebliche Lücke klapft“. In einer Hauptuntersuchung wird dann das Modell auf die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik angewandt werden. uk

Wolfgang Schulenberg feierte 60. Geburtstag



Am vergangenen Wochenende fand in der Universität ein Symposium zum Thema „Bildungsforschung und Gesellschaftspolitik“ statt, an dem auch zahlreiche auswärtige Wissenschaftler teilnahmen - darunter so prominente Namen wie Ammen, Blankertz, Klafki und Strzelewicz. Sie alle verband nicht nur das Thema, sondern auch der Anlaß der Veranstaltung: der 60. Geburtstag von Professor Dr. Wolfgang Schulenberg. Professor Dr. Hermann Helmets, Germanist im FB II und langjähriger Kollege, beschreibt das Leben jenes Mannes, der wie kaum ein anderer die Entwicklung der Hochschule nachhaltig beeinflußt hat.

Wolfgang Schulenberg wurde am 11. Juni 1920 in Bremen geboren und ist dort aufgewachsen. 1936 mußte er die Schule verlassen und auf das Studium verzichten, weil er nicht bereit war, der Hitlerjugend beizutreten. Er absolvierte eine Lehre in einem Bremer Überseehaus und arbeitete anschließend in Bremen, Liegnitz und Hamburg. Während des Krieges war er Soldat. Das Abitur hat er als Externer nachgeholt.

Nach dem Krieg war er zunächst Bauarbeiter, bis er im Oktober 1945 an der Pädagogischen Akademie Oldenburg das Studium aufnehmen konnte. 1946 wurde er Lehrer in Schwei (Kreis Wesermarsch), wo er die dreiklassige Volksschule wieder eröffnete, deren Leitung er dann übernahm. An der Volksschule in Schwei legte er auch die zweite Lehrerprüfung ab und leitete dann eine Junglehrerarbeitsgemeinschaft. 1951 wurde er Assistant an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg.

Im Jahre 1952 begann er an der Universität Göttingen das Studium in den Fächern Pädagogik, Soziologie und Psychologie. Es folgte ein Forschungsaufenthalt an der Universität London. Im Göttinger Soziologischen Seminar übernahm er 1954 die Bearbeitung einer empirischen Untersuchung zur Erwachsenenbildung. Mit dieser Arbeit, die als „Hildesheim-Studie“ inzwischen zu den klassischen Untersuchungen der Bildungssoziologie gerechnet wird, hat er 1956 bei Helmuth Plessner und Erich Weniger promoviert. Es folgte eine hauptamtliche Tätigkeit in der wissenschaftlichen Weiterbildung der Universität Göttingen.

1957 wurde Wolfgang Schulenberg Dozent für Soziologie an die Pädagogische Hochschule Oldenburg berufen. Die Ernennung zum Professor erfolgte 1961 nach Ablehnung eines Rufes nach Münster. In den folgenden Jahren kamen zu den Arbeiten in Lehre und Forschung zunehmend hochschulpolitische Aktivitäten im Sinne einer Reform der Lehrerausbildung. 1968 wurde die Errichtung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen beschlossen; Schulenberg war von 1969 - 1971 ihr erster Rektor. In seiner Amtszeit erfolgte u.a. der

Gründungsbeschuß für die Universität Oldenburg, an deren Errichtung Schulenberg maßgeblichen Anteil hatte (so publizierte er 1969 mit H. Helmets die Streitschrift „Zur Frage einer Universität im Nordwesten Niedersachsens“). Nach Ablehnung weiterer Rufe nach Hannover und Berlin ist Wolfgang Schulenberg seither als Professor für Soziologie an der Universität Oldenburg in Lehre und Forschung tätig, daneben und damit engagiert in der Selbstverwaltung und in der Hochschulpolitik.

Wolfgang Schulenberg hat zahlreiche Bücher und Aufsätze veröffentlicht. Eine besondere Stellung nehmen darunter die beiden umfangreichen Untersuchungen von 1966 („Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein“, mit W. Strzelewicz und H.-D. Raapke) und von 1978 („Soziale Faktoren der Bildungsberichts Erwachsener“, mit H.-D. Loeber, U. Loeber-Pautsch und S. Pühler) ein, die in einer direkten Verbindung zur „Hildesheim-Studie“ stehen, so daß hier ein größerer Forschungscomplex über mehr als zwei Jahrzehnte sichtbar wird.

Zu den zahlreichen Schülern Schulenbergs, die heute im Schuldienst sind, kommt eine nicht geringe Zahl von Doktoranden. Noch in der Zeit der Pädagogischen Hochschule haben Alfred Ammen und Gertrud Achinger, beide jetzt Hochschullehrer an der Universität Hannover, sowie Gerd Vonderach, heute Hochschullehrer an der Universität Oldenburg, ihre Dissertation bei Schulenberg geschrieben. An der Universität Oldenburg haben Klaus Urban, Dieter Brühl (derzeit tätig an der brasilianischen Universität Pesso), Herbert Schwab, Heidi Knaeke-Werner und Wolf-Dieter Scholz bei Schulenberg (im Zusammenwirken mit Jost von Maydell) promoviert; Agnes Janssen wird ihre Oldenburger Promotion auf dem Gebiet der Medizin erweitern.

Unser Dank und unsere Wünsche zu seinem 60. Geburtstag gelten Wolfgang Schulenberg als hervorragendem Hochschullehrer und Wissenschaftler, sowie nicht zuletzt als einem Menschen in der humanen Bedeutung des Wortes. Hermann Helmets

„Es ist auch die Aufgabe von Universitäten, gleichsam Realitätsbilder von Konfliktpartnern zu vermitteln“

Interview mit dem designierten Präsidenten der Universität Oldenburg Dr. Horst Zilleßen (Bochum)

UNI-INFO: Herr Zilleßen, warum haben Sie sich gerade in Oldenburg beworben?

ZILLESSEN: Es sind viele Gründe gewesen. Einer der Gründe war die Größe bzw. die Kleinheit der Uni Oldenburg. Dieses vis-a-vis hier mit der Universität Bochum kann nur abschrecken, wenn man sich Gedanken darüber macht, in einer solchen Organisation Verantwortung zu übernehmen. Insofern erschien mir der Gedanke, an eine kleine Universität zu gehen, wenn ich schon dieses Institut verlasse, sehr verlockend. Das liegt ja auch im Hinblick auf die Themen nahe, mit denen ich mich in der Vergangenheit beschäftigt habe. Ich bin mehr für kleinere Einheiten und nicht für Mammutlösungen.

UNI-INFO: Und politische Gründe haben keine Rolle gespielt? Der Uni eilt ja zumindest ein linksliberaler Ruf voraus, ob das nun richtig ist oder nicht.

ZILLESSEN: Nein. Nicht unbedingt. Das war eine sympathische Begleiterscheinung, weil ich von meiner politischen Position her mit den Ideen sympathisiere, die mit dem Namen Carl von Ossietzky verbunden werden - mit eben dem „linken Ruf“, der der Universität Oldenburg gegeben wird bzw. den sie sich selbst gibt. Nach Gesprächen, die ich geführt habe, habe ich den Eindruck, daß das ein „sowohl als auch“ ist.

UNI-INFO: Nun sind Sie ja von einer Koalition der Antipoden....

ZILLESSEN: Ja, ja, so habe ich's auch selbst empfunden.

UNI-INFO: gewählt worden. Das Bündnis von „Linker Liste“ und „Demokratischer Hochschule“ bedeutet, daß sich hier zwei Gruppen, die in der Sache kaum auf einen Nenner zu bringen sind, auf eine Person geeinigt haben. Sehen Sie darin ein Problem?

ZILLESSEN: Ich sehe zunächst Probleme darin, daß von unterschiedlichen Seiten, also z.B. von diesen beiden Antipoden, wie Sie sie genannt haben, sehr konkrete Erwartungen auf mich zukommen werden. Da steht mir selbstverständlich das Problem ins Haus, daß ich auf diese Erwartungen in einer Weise reagieren muß, daß ich nicht beide völlig enttäusche. Wobei auf der anderen Seite klar ist, daß ich nicht beiden voll verdeutlichen kann.

UNI-INFO: Eine Seite, die „Linke Liste“, hat sehr klar formuliert, was sie vom künftigen Präsidenten und speziell von Ihnen erwartet. Ich zitiere: „Der zukünftige Präsident sollte sich nicht der „Logik“ des Ministeriums und den „Sachzwängen“ eines Großbetriebes einfach anpassen, sondern an die etwas seltenen Tugenden anknüpfen wie: Unbotmäßigkeit, Kritikbereitschaft, Mut zum Widerspruch, Einsatz für wissenschaftliche Freiheit, radikal-demokratische Courage im Sinne Carl von Ossietzky“. Das ist gegenüber einem Leiter einer auch staatlichen Einrichtung sicher eine hohe Erwartungshaltung.

ZILLESSEN: Das ist sicher richtig. Ich werde mich darauf einrichten müssen, an diesen Punkten gleichsam mit beiden Seiten, denen ich verantwortlich bin, Konflikte auszutragen. Das gilt einerseits im Hinblick auf die staatlichen Stellen. Hier wird der Präsident gefordert sein, um die Freiheit von Wissenschaft und Lehre, so weit es eben geht, zu verteidigen, die Weisungsgebundenheit sowie wie möglich einzuschränken. Auf der anderen Seite gibt es Konfliktpartner auch in der Hochschule - vor allen Dingen dann, wenn die Erwartungen aus der Hochschule mit den de facto ausgesprochenen Weisungen seitens

des Ministeriums kollidieren, die der Präsident erfüllen muß, wenn er nicht das Recht verletzen will.

UNI-INFO: Nun kann man aber nicht davon ausgehen, daß es innerhalb der Universität zu einer vereinheitlichten Position in vielen grundlegenden Fragen kommt.

ZILLESSEN: Auch das ist richtig. Wobei möglicherweise eine Auseinandersetzung mit dem Ministerium die Aufgabe des Präsidenten nicht erschwert, sondern erleichtert, sofern es gelingt, allen Beteiligten klarzumachen, daß es um den Selbstbehauptungswillen und die Selbstdarstellung der Universität nach außen, daß es auch letztlich um die Belange aller Betroffenen geht, wenn der Präsident als Repräsentant der Hochschule gegenüber dem Staat auftreten. Und in dem Maße, in dem das gelingt, kann ja aus dem denkbaren Konflikt mit dem Staat eine integrierende Wirkung nach innen ausgehen.

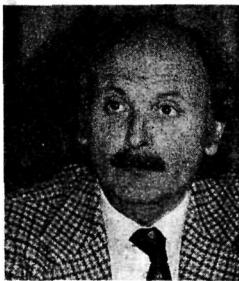
UNI-INFO: Zumindest ein größerer Konflikt steht in naher Zukunft ins Haus: Die Organisationsstruktur. An der Universität gibt es zur Zeit noch keine Institute. Die Gründungsgremien der Hochschule haben bewußt darauf verzichtet - nicht nur, um die Ordinarienherrschaft zu brechen, sondern auch um ein größeres Mitspracherecht der anderen Statusgruppen zu ermöglichen und insbesondere um bessere Voraussetzungen für interdisziplinäre Zusammenarbeit der Wissenschaftler untereinander zu ermöglichen. Nun scheiden sich an der Frage ganz erheblich jene Gruppen, die Sie gewählt haben. Während die „Demokratische Hochschule“ per Minderheitsvotum Institute und Seminare an der Hochschule durchsetzen möchte, kämpft zumindest offiziell die „Linke Liste“ dagegen. Wie kommt man da raus?

ZILLESSEN: Ich hoffe, daß man da raus kann. Ich habe bei der Anhörung klar gemacht, daß ich zwar kleinere Einheiten für wünschbar halte, daß ich aber Bedenken habe hinsichtlich der Regelungen im NHG, die ja vorsehen, daß das Maß an Mitbestimmung, das innerhalb dieses Gesetzes möglich ist, bei den Instituten nicht gilt. Und ich hoffe, daß wir Lösungen finden, die die Interessen aller Beteiligten befriedigen. Ich könnte mir vorstellen, daß man im Rahmen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes Lösungen findet, die es vermeiden, daß man die rechtlichen Absicherungen von Mitbestimmungsmöglichkeiten noch weiter reduziert, als es das Gesetz ohnehin schon tut.

UNI-INFO: Die Vertreter der quantitativ größten Gruppe der Hochschule, die Studenten, haben Sie nach eigenen Worten einheitlich nicht gewählt. Können Sie sich vorstellen: warum?

ZILLESSEN: Da sind wahrscheinlich mehrere Gründe maßgebend gewesen. Der erste scheint mir eine Fehlinterpretation von Äußerungen auf den Anhörungen zu sein, wo mir unterstellt worden ist, ich würde Positionen des RCDS in den Vordergrund rücken. Davon kann keine Rede sein. Meine Position ist die: Wenn es um Einsatz für Minderheiten geht, dann kann es in einer bestimmten Situation auch einmal der RCDS sein, für den der Präsident sich einsetzt, wenn dessen Argumente und Positionen in einem bestimmten Meinungskampf unterzugehen drohen. Es kann nicht in der Art und Weise verstanden werden, daß ich mich nun gleichsam zum ständigen Fürsprecher des RCDS machen würde. Nebenbei: In irgendeinem Flughalt habe ich sogar gelesen, ich sei mitverantwortlich für die Durchführung des Atomprogrammes der Bundesre-

Horst Zilleßen



Dr. Horst Zilleßen (42), zur Zeit noch Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirchen in Deutschland in Bochum, studierte in Köln Politikwissenschaften. 1962 legte er das Examen ab und trat danach unmittelbar in Kirchendienste ein. Nach dreijähriger Tätigkeit im Sozialwissenschaftlichen Institut der Kirche im Rheinland, das sich im Bereich der Erwachsenenbildung betätigt, übernahm er dessen Geschäftsführung. 1969 wechselte er in jenes Institut über, in dem er auch heute noch tätig ist und dessen Leitung ihm 1970 übertragen wurde. Im gleichen Jahr übernahm er die Leitung des Politischen Klubs der Evangelischen Akademie Tübingen, in dem die politische Führung der Bundesrepublik nicht selten über Grundsatzfragen diskutiert. Schon sehr früh setzte sich Zilleßen mit dem Thema Ökologie auseinander, dem er zahlreiche Publikationen gewidmet hat. Er war auch erster Vorsitzender des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Sein Engagement in diesem Bereich führte auch dazu, daß ihn der Bundesminister in einen Beraterkreis „Energie und Umwelt“ in den sechsköpfigen Projektbeirat „Risikostrategien“ berief. Zilleßen selbst markiert seine politische Position als „linksliberal“.

gierung, was natürlich absurd ist. Ich habe schon 1973 öffentlich im Fernsehen ein Moratorium verlangt, als das noch nicht so gängig war, wie das heute ist.

UNI-INFO: Kritik haben die Gruppen ja auch geübt wegen Ihrer Haltung zum politischen Mandat. Wie Sie wissen, ist dazu die Meinung der Gremien der Hochschule eindeutig: Sie verlangen das politische Mandat für den AStA vom Gesetzgeber. Die bisherigen Universitätsleitungen haben sich auch stets um eine liberale Auslegung der jetzigen Gesetzesbestimmungen bemüht.

ZILLESSEN: Das ist meine Position auch. Das, was ich allerdings den Studenten gesagt habe, ist, ob es nicht manchmal ratsam sei, angesichts der Problematik, um die es da geht, und angesichts der geringen Wahlbeteiligung, auf die sie ihr Mandat stützen, auch einmal diejenigen zu berücksichtigen, die politisch anderer Meinung sind, wenn sich beispielsweise der AStA zu irgendeiner Frage äußert. Ich habe sozusagen zu einem vorsichtigen, behutsamen, aber doch konkreten Umgang mit dem politischen Mandat aufgefordert. Das ist meine Position. Ich will das weder bescheiden noch herunterspielen. Ich meine nur, wenn man sich für Minderheiten einsetzt, und das ist ja auch etwas, was in der Tradition von Carl von Ossietzky liegt, muß man eben auch selbst sehen, daß man in einer bestimmten Situation

einmal Mehrheitsmacht ausüben kann und möglicherweise auch einmal in eine Tyrannie der Mehrheit kommt, wie sie in der Politikwissenschaft diskutiert wird. Da meine ich, wäre es einfach angemessen, sich manchmal zu fragen, ob man die Rechte oder die Meinung anderer angemessen berücksichtigt hat.

UNI-INFO: Sie erwähnen Ossietzky in diesem Zusammenhang. Sie wissen, die Universität hat mit einer Grundordnung den Lehrbetrieb aufgenommen, die in ihrem Paragrafen 1 den Anspruch formuliert: „Sie (nämlich die Hochschule) nimmt den kritischen Auftrag und die politische Verantwortung der Wissenschaft in der Gesellschaft wahr und fördert die Verbindung von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts. Dadurch trägt sie zur demokratischen Entwicklung einer sozialen Gesellschaftsordnung bei“. Obwohl dieser Satz für jede Universität eigentlich selbstverständlich sein sollte, hat er doch damals relativ großes Aufsehen erregt. Vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die Hochschulen in den letzten hundert Jahren mehr gegen als für die Fortentwicklung der Demokratie in Deutschland getan haben. Die Universität Oldenburg wollte mit ihrem § 1 wohl deutlich demonstrieren, daß sie gegen diese „Tradition“ eine anderes setzen will. Halten Sie diese andere Traditionspflege für wichtig?

ZILLESSEN: Dies beantwortet sich meiner Meinung vor dem Hintergrund der Tatsache, daß ja Wissenschaft in der Vergangenheit sehr wenig nach Zielen gefragt hat. Die Diskussion um die Wertfreiheit der Wissenschaft hat vielen die Augen dafür verschlossen, daß mit den Ergebnissen der Wissenschaftler unterschiedliche Ziele erreicht werden können. Und daß Wissenschaft nicht nur dem Frieden, sondern auch dem Kriege dient, das ist ja nun hinreichend bekannt. Insofern, meine ich, könnte man in der Tat auch als Wissenschaftler aus Fehlern lernen und eingestehen, daß die vielbeschworene Wertfreiheit der Wissenschaft eben doch vor Probleme stellt, die man nicht einfach übergehen kann. Daher scheint es mir jedenfalls richtig zu sein, daß man der Wissenschaft und auch dann der Universität ein konkretes Ziel - nämlich das des Friedens oder der Gerechtigkeit vorgibt. Einmal, weil klar sein muß, daß es nicht selbstverständlich ist, daß Wissenschaft Zielen dient, die allgemein anerkannt werden können. Daher ist diese Tradition, die ja relativ kurz ist, durchaus wert, fortgesetzt - vielleicht auch noch verstärkt zu werden.

UNI-INFO: Dennoch hat gerade die in diesem Zusammenhang stehende Namensgebung zum Teil die Aversioen gegen die Universität in der Region erheblich erhöht. Das gewollte Kind der Region „Universität Oldenburg“ wird von manchen nicht sehr geliebt. Auf der anderen Seite möchte die Universität aber auch gerade für die Region dasein. Auch das steht in ihrer Grundordnung. Wären Sie dennoch bereit, trotz der kürzlichen Entscheidung des niedersächsischen Landtages, der die Namensgebung ja abgelehnt hat, die nach wie vor bestehende Forderung der Universität nach dem Namen öffentlich zu vertreten?

ZILLESSEN: Ich würde das durchaus für sinnvoll halten. Irgendwann ändern sich auch politische Mehrheitsverhältnisse, und im Hinblick auf diesen Fall ist es sogar notwendig, die Forderung nach dem Namen aufrechtzuerhalten, damit sie nicht in Vergessenheit gerät.

UNI-INFO: Herr Zilleßen, Sie selbst sind seit 10 Jahren im Bereich Umweltschutz sehr engagiert. Sie wissen auch, daß in der Universität Oldenburg - insbesondere bei den Naturwissenschaftlern - sehr viel in diesem Bereich getan wird. Doch nicht immer können die „ökologisch orientierten“ Wissenschaftler in unserer Region mit dem Verständnis für ihre Forschung rechnen.

ZILLESSEN: Wie bekannt, gibt auch inzwischen der Bund der deutschen Industrie zu, daß Umweltschutz nicht Arbeitsplätze vernichtet, sondern schafft. Hinzu kommt ja, daß Umweltschutz zunehmend ein wichtiger Industriezweig wird, der mit einem beachtlichen Maß an technischem Know-how verbunden ist, was sich noch exportfördernd gestalten kann. Insofern kann ich mir schon vorstellen, daß es gerade auch in dieser Region sinnvoll und durchaus möglich sein kann, die Wirtschaft von der Notwendigkeit von Umweltschutzmaßnahmen zu überzeugen.

UNI-INFO: Überzeugen müßte man wohl auch einige Gewerkschafter. Wie Sie wissen, besteht seit über 6 Jahren zwischen der Universität Oldenburg, dem DGB Landesbezirk und der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung Arbeit und Leben ein Kooperationsvertrag, der sich ganz offensichtlich bewährt hat. Ist dies ein Vertrag, dessen Erfüllung auch Ihre gezielte Förderung erfahren wird?

ZILLESSEN: Ja. Zunächst bin ich der Meinung, daß möglichst viele gesellschaftliche Kontakte in der Universität verwirklicht werden müssen. Das hat mehrere Gründe. Die Universität muß wissen, wer die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt, mit welchen Voraussetzungen und von welchen Zielsetzungen her etwa im industriellen Bereich, in den Gewerkschaften oder in den Kirchen oder in anderen Verbänden Politik gemacht wird. Es ist auch die Aufgabe von Universitäten, gleichsam Realitätsbilder von möglichen Konfliktpartnern zu vermitteln. Grundsätzlich, meine ich, ist zu bedenken, daß gerade Universitäten - zumal eine Universität mit der Zielsetzung, wie sie gerade beschrieben wurde - sich für diejenigen engagieren sollten, die auf dem Feld von Wissenschaft und Technologie bisher beteiligt worden sind. Das gilt sicher einerseits für den gewerkschaftlichen Bereich. Da kann ich diesen Ansatz nur voll begrüßen, weil er Lücken auffüllt, die mangels materieller Ressourcen entstanden sind. Die Industrie hat hinreichend Möglichkeiten, Forschung zu finanzieren und zu organisieren, die für sie wichtig ist, während das für die sozial schwächeren Bereiche nicht gilt. Um das zu aktualisieren: Dies gilt in meinen Augen andererseits sehr stark für das, was man Alternativ- oder Ökologiebewegung nennt. Sie hat in unserer Gesellschaft zur Zeit zumindest noch den Charakter einer Subkultur, ist aber gleichwohl für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von erheblicher Bedeutung - weil sie sowohl Defizite anzeigt als auch möglicherweise die Richtung für notwendige Veränderungen angibt - also Wege verdeutlicht, die die Gesellschaft gehen muß, wenn sie überleben will. Von daher scheint es mir sehr sinnvoll zu sein, daß man gerade auch von der Universität her versucht, Hilfestellung zu geben und mit solchen Gruppen verstärkt ins Gespräch zu kommen, um deren Probleme wissenschaftlich aufzunehmen und deren Fragestellung vielleicht auch politisch verhandlungsfähig zu machen.

Neue Prüfungsordnung orientiert sich an zweiphasiger Ausbildung

Vorläufige PO wird noch in diesem Semester außer Kraft gesetzt

Noch in diesem Semester wird die neue „Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die einphasige Lehrerausbildung“ (APVO ELAB) die alte „Vorläufige Prüfungsordnung“ vom 12. November 1975 ablösen. Diese alte Prüfungsordnung war seinerzeit gegen den Widerstand der Universität erlassen worden; die Universität hatte insbesondere viel weitergehende Möglichkeiten zur Abschichtung der Prüfung durch Leistungsnachweise, die paritätische Beteiligung der Universität an Entscheidungen des Prüfungsamtes und die gleich lange Ausbildung für alle Schulstufen gefordert. Aber weil sie doch in vielen Punkten Reformbemühungen zeigte und den Versuchsbedingungen der einphasigen Lehrerausbildung entsprach, hat sich diese Prüfungsordnung als Rahmen für Ausbildung und Prüfung insgesamt bewährt.

Diese Bewährung reichte jedoch nicht aus, die Regelungen bis zum Auslaufen des Modellversuchs beizubehalten. Die Tendenz, Reformen in Schule und Hochschule zurückzustützen, an der Zweiphasigkeit als Regelform der Ausbildung trotz aller Probleme festzuhalten und die Ordnungen zu vereinheitlichen, führte schon bald zu einschneidenden Änderungen: 1976 wurde in Osnabrück die ELAB abgebrochen. 1978 wurden zunächst die Prüfungsämter zu einer einheitlichen Behörde zusammengelegt, wobei der universitäre Einfluß reduziert wurde; dann wurde mit dem ELAB-Gesetz die Stufenlehrerausbildung abgeschafft zugunsten der herkömmlichen schulformbezogenen Ausbildung; und zuletzt wurden einschneidende Änderungen im Prüfungsverfahren angekündigt, insbesondere betreffend die Struktur der EG-Prüfungen und die Vermehrung von praktisch-theoretischen Prüfungen und Klausuren. 1979 wurde dann ein erster Entwurf der neuen Prüfungsordnung vorgelegt (parallel dazu auch für Prüfungsordnungen der zweiphasigen Lehrerausbildung) und gleichzeitig der vorgezogene Abbruch der ELAB im Sekundarbereich II beschlossen; außerdem wurde das Prüfungsrecht der Assistenten weitestgehend eingeschränkt. (vgl. dokumente-materialien 15/78, Lehre-Studium-Forschung 1/79, amtliche Mitteilung 1/80).

Der Entwurf zur neuen Prüfungsordnung zeichnete sich insbesondere durch folgende Änderungen aus:

1. Einführung von Bestimmungen über die berufspraktische Ausbildung (§§ 3-9)
2. Einführung von Bestimmungen über Regelstudienzeit und Prüfungsfristen (§§ 10 und 36)
3. Reduktion des Fächerspektrums: Anpassung der Arbeitslehre an das Schulfach Arbeit/Wirtschaft/Technik unter Abtrennung von Textiles Gestalten; Abschaffung von Arbeitslehre/Sek. II; Abschaffung von Geographie für das Handelslehramt (§ 12)
4. Desintegration des interdisziplinären EG-Bereichs (§ 13)
5. Vermehrung der Prüfungen im EG-Bereich; praktische Prüfungen auch in Textiles Gestalten, Hauswirtschaft und Technik; Klausuren in beiden Fächern (§ 13)
6. Einführung offizieller „Unterrichtsbesuche“ in 2. und 3. Studienabschnitt und von „Erfolgs-“ statt Teilnahmebescheinigungen für Erkundungen und Unterrichtsvorhaben (§§ 7 und 8)
7. Abschaffung der freiwilligen Leistungsnachweise sowie der Anrechenbarkeit der Gutachten (§§ 13, 23)
8. Einschränkung des Vorschlagsrechts für die Prüfungskommissionen (§ 16)
9. Beseitigung des Kontaktlehrers aus den EG- und Fachprüfungen;

Möglichkeit zur Einsetzung von Schulvertretern als Vorsitzenden in diesen Prüfungen (§ 16)

10. Beurteilung von Hausarbeit und Klausuren durch 2 Prüfer (§§ 22, 23)

11. Einschränkung der freien Entscheidung der Studenten über Klasse und Gegenstand der unterrichtspraktischen Prüfungen (§ 23)
12. Einführung der Möglichkeit zur Erweiterungsprüfung in weiteren Fächern, jedoch nicht in weiteren Schulstufen (§ 37).

Die Universität hat zu diesem Entwurf eine umfangreiche Stellungnahme beschlossen; insbesondere hat sie folgende generelle Feststellungen getroffen:

Beseitigung der Modellversuchsbedingungen

Der Entwurf zielt durchgängig auf die Angleichung an Regelungen für die zweiphasige Ausbildung, ohne die Intentionen des Modellversuchs und die in den vergangenen fünf Jahren gemachten Erfahrungen zu berücksichtigen. So werden sämtliche Ansätze zur interdisziplinären Praxisorientierung der Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und zur Entlastung der Abschlußprüfungen durch studienbegleitende Leistungen, die konstitutiv für den Modellversuch sind, beseitigt, ohne daß dies aufgrund von Erfahrungen des Modellversuchs erforderlich geworden wäre.

Neuordnung bei gleichzeitigem Abbruch des Modellversuchs

Es wird nicht begründet, warum für den Modellversuch in dem Augenblick, in dem er abgebrochen werden soll, eine durchgängige Neuordnung angestrebt wird. Eine Neuordnung wäre allenfalls unter dem Aspekt der modifizierten Weiterführung der ELAB sinnvoll. Dem Gesetzesauftrag, Ausbildung und Prüfung im Rahmen einer Rechtsverordnung zu regeln, hätte für die auslaufende einphasige Ausbildung besser durch weitgehende Übernahme der Regelungen der vorläufigen Prüfungsordnung in die Rechtsverordnung entsprochen werden können.

Kompliziertheit der Neuregelungen und der Übergangsbestimmungen

Im Gegensatz zu den Übergangsregelungen, die im Entwurf der Ordnung für die erste Prüfung der Grund- und Hauptschullehrer vorgesehen sind, ist eine Weitergeltung der bisher geltenden vorläufigen Prüfungsordnung weitgehend ausgeschlossen worden. Durch die Kompliziertheit der Neuregelungen ist für die Studenten kaum durchschaubar, welche Regelungen jeweils auf sie anzuwenden sind, und die Organisation der Prüfungen durch das Prüfungsamt wird so sehr erschwert, daß eine geordnete Durchführung nicht mehr gewährleistet ist. Der Grundsatz, daß die Prüfungsbedingungen während der Ausbildung bekannt sein müssen, wird ständig durchbrochen, der Vertrauensschutz ist nicht gesichert.

Mehrfaß wurde im Kultusministerium verhandelt, der Termin des Inkrafttretens der neuen Ordnung - ursprünglich Januar 1980 - wurde immer wieder herausgezögert. Schließlich veröffentlichte der Kultusminister im März 1980 einen weiteren Entwurf der neuen Prüfungsordnung, der insbesondere folgende Änderungen - Verbesserungen und Verschlechterungen - gegenüber dem ersten Entwurf aufwies:

1. Keine Sanktionen bei Überschreitung der Regelstudienzeiten von 1. und 2. Studienabschnitt, verbesserte Verlängerungsmöglichkeiten im 3. Studienabschnitt.
2. keine praktisch-theoretische Prüfung in Arbeitslehre,
3. verstärkte Gewichtung der unterrichtspraktischen Prüfungen in Anlehnung an die zweiphasige Ausbildung.

Die Stellungnahme der Universität

hatte somit den Kultusminister nur in wenigen Punkten zur Rücknahme von Änderungen bewegen können; in einem der wichtigsten Punkten, den Übergangsregelungen, hatte er fast kein Entgegenkommen gezeigt. Die Universität hat deswegen im Mai 1980 nochmals ausführlich verbesserte Übergangsregelungen für die Studenten in höheren Semestern gefordert. Dem Vernehmen nach sollen einige, aber nicht alle dieser Bedenken berücksichtigt worden sein.

Insgesamt hat die Universität sich auf eine neue Prüfungsordnung einzustellen, die gewichtige Verschlechterungen für die Studenten, aber auch für Lehrende und Kontaktlehrer bringt, die den Zielen der Universität und der ELAB zuwiderlaufen. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus der Einführung der zweiphasigen Ausbildung ergeben, für die ebenfalls relevante Änderungen vorgesehen sind. Es ist zu befürchten, daß durch die neue Prüfungsordnung bei Studenten in höheren Semestern diese Probleme kumulieren und zu unzumutbaren Belastungen werden. Die Universität wird deshalb versuchen müssen, weiterhin Änderungen der Prüfungsordnung anzustreben. Aber: auch nach der neuen Prüfungsordnung wird man weiter einphasig studieren können, werden nicht alle angestrebten Reformen zunichte gemacht. Das ZpB, die Zentrale Studienberatung und auch das Prüfungsamt werden nach Veröffentlichung der neuen Prüfungsordnung Veranstaltungen zur Information über Regelungen und Auswirkungen der Prüfungsordnung durchführen und auch zur Einzelberatung und Hilfestellung zur Verfügung stehen.

hjo

Seminar in Nartum

Der Schriftsteller Walter Kempowski wird ein Blockseminar am Dienstag, 8. Juli, und am Mittwoch, 9. Juli, jeweils von 9.30 - 20.00 Uhr an seinem Wohnort Nartum abhalten. Die Teilnehmerzahl für diese Veranstaltung ist auf 30 begrenzt. Am Thema interessierte Nichtgermanisten - auch aus anderen Fachbereichen - sind ebenfalls eingeladen. Eine Teilnehmerliste liegt in der Geschäftsstelle des Fachbereichs II aus. Die kostenlose Busfahrt beginnt jeweils um 8.15 Uhr auf dem Parkplatz zwischen dem VG und dem AVZ. Das Programm wird am 20. Juni am Germanistikbrett des Fachbereichs II im VG ausgehängt.

Bildungsminister Schmude:

„Qualität der Bildungsangebote muß auf allen Ebenen weiter gesteigert werden“

„Die Herausforderungen, vor denen wir im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich stehen, verlangen von der Bildungspolitik weiterhin mehr und bessere Bildung für alle Bürger“. Das erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Jürgen Schmude, am 3. Juni bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Die Hochschulen in den neunziger Jahren“ im Rahmen der Jahresversammlung 1980 der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Würzburg.

Schmude verdeutlichte die Perspektiven, auf die sich die Bildungs- und insbesondere die Hochschulpolitik auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt einzustellen habe. Die Politik müsse dabei Tendenzen und Zukunftsentwicklungen im Blick behalten, besonders:

- die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Strukturwandels,
- die demographische Entwicklung,
- die erkennbar deutlicher werden den Grenzen des Wachstums.

An diesen Rahmenbedingungen



Bundesweite Resonanz fand auf dem Festival der VDS in Mainz die Forderung der Studenten, die unter der Bezeichnung „Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg“ angetreten waren, nach dem Erhalt der Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB).

Fotos: Koopmann

Große Resonanz für ELAB bei VDS-Festival

200 Oldenburger Studenten beteiligten sich in Mainz

Für Studenten sind 25,- DM viel Geld - und in einem zusehends verschuldeten Studium 2 Tage viel Zeit; die meisten entschlossen sich daher erst kurzfristig, zum Festival der Vereinten Deutschen Studentenschaft (VDS) mitzufahren, was die Arbeit der Organisatoren nicht eben erleichterte. Wenn dennoch knapp 200 Kommilitonen aus dem „randständigen“ Oldenburg in Mainz dabei waren, „muß die Studentenbewegung mindestens für diesen Ort als recht lebendig eingeschätzt werden“, meint der ASTA.

Neben dem Informationsinteresse an Um- und Zuständen in anderen Universitäten hatten die Oldenburger allerdings auch ein verstärktes Informierinteresse - und waren erstaunt über die Resonanz: Im „Klassenzimmer“ fand neben Ständen und Büchertischen mit Fachliteratur und Belletristik zum Thema (alternative) Schule eine Ausstellung zur Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) statt. „Den Mund füssig geredet“ hat sich eine Kommilitonin, die keine Frage zur ELAB unbeantwortet lassen möchte. An den Büchertischen mit den heißbegehrten ZpB-Materialien stellten sich über 500 Unterzeichner hinter die Forderung auf Erhalt der ELAB.

Neben dem Informationsinteresse an Um- und Zuständen in anderen Universitäten hatten die Oldenburger allerdings auch ein verstärktes Informierinteresse - und waren erstaunt über die Resonanz: Im „Klassenzimmer“ fand neben Ständen und Büchertischen mit Fachliteratur und Belletristik zum Thema (alternative) Schule eine Ausstellung zur Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) statt. „Den Mund füssig geredet“ hat sich eine Kommilitonin, die keine Frage zur ELAB unbeantwortet lassen möchte. An den Büchertischen mit den heißbegehrten ZpB-Materialien stellten sich über 500 Unterzeichner hinter die Forderung auf Erhalt der ELAB.

Diese Erfahrung regen Interessen der Kommilitonen von anderen Universitäten an Alternativen zur herkömmlichen Lehrerausbildung hat

Dreifaches gezeigt:

- Zum einen hat sich die traditionelle ZWELAB offenbar überlebt und schafft somit ständig studentisches Potential, das Alternativen hierzu fordert.
- Zum zweiten ist das Oldenburger Modell zwar dem Namen nach weitgehend unbekannt, doch mangelt es an unserem Engagement, die Reformwilligen im ganzen Lande mit ELAB-Erfahrungen bekannt zu machen.
- Drittens: Resignation nach erfolgtem vorzeitigen ELAB-Abbruch (für Sekundarstufe II) ist nicht angebracht, sondern im Gegenteil, die Überwindung der selbstverschuldeten Isolation Oldenburger Studenten.

Das Festival war ein entscheidender erster Beitrag dazu, der den Beteiligten vor allen Dingen die Notwendigkeit zur intensiven Konsultation verdeutlichte.

Bei den zentralen Anliegen des Festivals - einen Beitrag gegen Rechts und Berufsverbote, gegen Rüstungswahn und Atomprogramm zu leisten - hat sich gezeigt, daß ein Bewußtwerdungsprozeß in der Studentenschaft zu beobachten ist, worin Divergenzen hart diskutiert, aber immer deutlicher Gemeinsamkeiten formuliert und getragen werden.

Das Festival der ca. 35.000 war: Kein Anlaß zum Jubeln - aber Berechtigung zur Hoffnung!

Peter König

In dieser Zeit zunehmend schwieriger Verteilung der Steuermittel sei es fällig, in der Bildungspolitik eine Bilanz des Konsensfähigkeiten zu ziehen: „Nach meiner Überzeugung wird sie günstiger ausfallen als nach den Schlagzeilen der tagespolitischen Kontroversen zu vermuten ist. Das gilt auch für die Hochschulpolitik“, sagte Schmude.

In einem solchen bildungspolitischen Konsens sollte für die Hochschulpolitik der kommenden Jahre vor allem folgendes enthalten sein:

- Die Erhaltung der Hochschullandschaft in ihrer jetzigen Anlage.
- Übernahme zusätzlicher Dienstleistungen „im besten Sinne für unsere Gesellschaft“.
- Schaffung von Möglichkeiten für berufstätige Teilzeitstudenten.
- Wegfall des Numerus clausus auch in den letzten Fächern.
- Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung.
- Stärkung der Forschung in den Hochschulen.

bmbw



Erst 'ne Weile Rechts: Konservativer Herren-Klub in der Kaiserzeit....

Verstärkte Bemühungen um Forschung über Ossietzky

Die Zeichen mehren sich, daß von der Universität Oldenburg verstärkt Initiativen unternommen werden, die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Friedensnobelpreisträger und Publizisten Carl von Ossietzky zu intensivieren.

Mit den jetzt in Planung befindlichen Projekten zur Untersuchung der politischen und publizistischen Bedeutung von Ossietzky soll nun auf anderem Wege das erreicht werden, was mit der Namensgebung beabsichtigt war und ist: die Erinnerung an den Antifaschisten und Pazifisten wachzuhalten und aufzuzeigen, welche Aktualität seine in der Weimarer Republik viel beachteten Warnungen vor reaktionären und faschistischen Bestrebungen in Politik, Kultur und Gesellschaft noch heute besitzen.

Ziel eines vom Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gestellten Projektantrages ist die Dokumentation und Katalogisierung von veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften und anderen Materialien Carl von Ossietzky sowie die Erstellung einer umfassenden Bibliographie. Aufbauend auf die be-

reits intensiv betriebene Sammlung von Materialien von und über Ossietzky durch das am BIS eingerichtete Archiv soll nach weiteren Dokumenten und nach Briefen und Notizen gesucht werden. Eine solche Bibliographie könnte dann - zu einem späteren Zeitpunkt - zu einer kritischen Gesamtausgabe der Werke und zu einer wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werdenden Biographie Carl von Ossietzky führen.

Mit einem zweiten, allerdings noch in der ersten Planungsphase befindlichen Vorhaben wird angestrebt, die Stellung Ossietzky als kritischer Intellektueller zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung in der Gesellschaft der Weimarer Republik zu analysieren. Eng verknüpft damit ist die Untersuchung der Stellung der von Ossietzky geleiteten Zeitschrift „Die Weltbühne“, der nicht zuletzt auch von Ossietzky maßgeblich geprägten Pazifismusbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik sowie der weltweit geführten Kampagne zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky.

Dieses Vorhaben, dessen inhaltliche Schwerpunkte gegenwärtig präzisiert werden, wird von einer Reihe Wissenschaftler - insbesondere aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften - gemeinsam getragen werden. Zu seiner Finanzierung ist ein Förderungsantrag voraussichtlich bei der Stiftung Volkswagenwerk geplant. Bei der Vergabe dieser Mittel ist die niedersächsische Landesregierung maßgeblich beteiligt. Sie bekäme so Gelegenheit, ihre wiederholt vorgebrachte Bereitschaft zu beweisen, die wissenschaftliche Beschäftigung mit Carl von Ossietzky tatkräftig zu unterstützen.

Neben den genannten Vorhaben wird schließlich ein weiteres Projekt durchgeführt, in dessen Rahmen eine Ausstellung über Carl von Ossietzky erarbeitet wird, die als Wanderausstellung an verschiedenen Orten gezeigt werden soll. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, insbesondere an Schulen am Beispiel Ossietzky die Erinnerung an demokratische Traditionen in Deutschland wachzuhalten.

jb

„Erst 'ne Weile rechts... dann 'ne Weile links“

Theater gastierte in der Universität

Das Theater kam zum Publikum: Am 3./4. Juni gastierte das Oldenburgische Staatstheater mit dem Stück „Erst 'ne Weile rechts... dann 'ne Weile links“ in der Aula der Universität Oldenburg. Untertitel: Eine deutsche Revue, zunächst von 1900-1918, sodann von 1918-1933. Der Besuch war gut, der Applaus lang anhaltend, die Schauspieler waren zufrieden. Die Revue selbst, insgesamt mehr nach „rechts“ entlarvend als etwa nach „links“ dokumentierend, sollte kulinarisch, politisch, lehrreich sein.

Kulinarisch: Vor allem am ersten Abend stimmten Gegenstand und Satire bruchlos überein. Wilhelm II. wirkt schon an solcher komisch. Wo Politik an sich selbst ästhetisierend operettieren darf präsentiert, bedarf es nur einer geringen satirischen Verfremdung, das hohle Pathos, die steife Zeremonie, das herrschaftliche Ritual zu entlarven. Dazu das bekannte Personal: der Burschenschaftler, der Unteroffizier, der Vereinspräsident. Alles dies wurde vergnüglich parodiert, mit musikalischer Verve karikiert, Szene für Szene auf das nicht vorhandene „deutsche Wesen“ zurückgeführt. Anders dagegen der zweite Abend. Hier konnte das Theater ausführlich auf überlieferte Songs, satirische Szenen, karikierende Plots zurückgreifen. Es langte zu, schwelgend und mit naiver Darstellungslust, wohl selbst noch einmal überwältigt von den ironisch-lasiven Versatzstücken der „frohen 20er Jahre“.

Politisch: Eine deutsche Revue des ersten Drittels des Jahrhunderts kann unpolitisch nicht sein. Da ist der Untertan, der erst das Machtgefüge stützt; der Offizier, der erst das Kriegsphatos würzt; der Arbeitslose, der der Polizei den Sinn verleiht usw. Einige Szenen machen in diesem Sinn das soziale Elend, die politische Unterdrückung, die ökonomische Expansionslust, den Kriegswahn, die Remilitarisierung plastisch. Es waren eindrucksvolle Momentaufnahmen.

Drei politische Umbruchstellen bekam die Revue indes nicht in den Griff: die Kriegsinszenierung 1914, die niedergeschlagene Revolution 1918/19, die Machtübergabe an den Faschismus 1933. Hier kolportierte die Revue bekannte Klischees, anstatt sie zu zerstören. Hindenburg etwa als Gallionsfigur macht die Kräfte, die Hitler einsetzen, nicht mehr transparent. In diesen Szenen war die Revue nur kulinarisch, von allen politischen Geistern verlassen.

Lehrreich: Es konnte viel gelacht, und dadurch einiges erkannt werden. Wo sich die Politik nicht in Klamauk auflöste oder das Kulinarische sich selbst feierte, war die Satire erheldend. Vor allem die Texte von Tucholsky und Brecht stimmten nachdenklich. Die Statistik über „Politische Morde“, von wem begangen und wie gesühnt, hatte Aufklärungswert. - Für eine deutsche Bühne eine seltene, begrüßenswerte Mischung.

fw



...dann 'ne Weile Links: Revolutionäre 1918/19 fordern Freiheit und Sozialismus.

Großes „Richtfest“ für Kindergarten Renovierungsarbeiten bald beendet

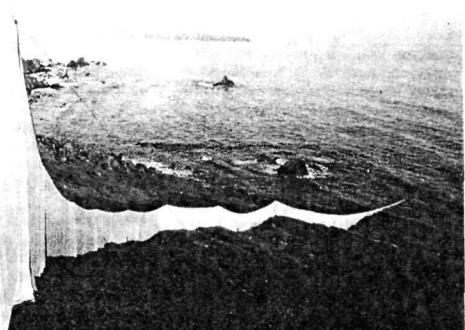
Mit großer Beteiligung rechnet der Selbsthilfekindergarten bei seinem „Richtfest“, das am 28. Juni um 11.30 Uhr morgens mit einem Kinderfest beginnen und mit einer großen Fete bis spät in die Nacht hinein enden soll. Der rührige Verein, der das vom Land zur Verfügung gestellte Bauernhaus an der Ecke Drögenhasenweg/Küpkersweg zum erheblichen Teil in Eigenarbeit fertigstellt, hofft dabei nicht nur auf gute Stimmung, sondern auch auf locker sitzende Portemonnaies, denn er möchte mit diesem Fest auch etwas verdienen. Dafür dürfen die Gäste auch hoffen, etwas mitnehmen zu können. Denn bei der großen Tombola ist u.a. ein Gebrauchtwagen im Wert von 3.500 Mark zu gewinnen. Der Selbsthilfekindergarten hat finanzielle Hilfe sehr nötig, da er trotz Unterstützung durch die Stadt erhebliche Summen selbst aufbringen muß. Die Renovierung des vom Land zur Verfügung gestellten Bauernhauses kostet insgesamt fast 250.000 Mark. Davon trägt der Verein durch Eigenarbeit allein 90.000 Mark. Die Vereinsmitglieder müssen jedoch auch Kapital beisteuern. Mit dem Papiercontainer, der

am AVZ steht und von Universitätsangehörigen mit gestapeltem Papier „bedient“ wird, konnte der Kindergarten immerhin schon etwa 2.500 Mark einnehmen. Die Summe wäre erheblich höher, wenn nicht einige

Uni-Angehörige keine Skrupel hätten, dort auch ihren Haushaltsmüll abzuladen. Das Fest ist für Kinder und Erwachsene gedacht. Insgesamt hoffen die Veranstalter auf eine 12-Stunden-Fete.



Sie freuen sich auf das „Richtfest“ ihres neuen Kindergartens



Christo „The Running Fence“

Der Film „The Running Fence“ des Verpackungskünstlers Christo wird am Mittwoch, dem 25. Juni, um 18.00 Uhr in der Aula gezeigt. Christo ist durch seine Verpackungsaktionen und andere künstlerische Eingriffe in Landschaften so bekannt geworden, daß sich z. B. auch Studenten an der Universität Oldenburg seiner Mittel für ihre Zwecke bedienen, als sie das AVZ verpackten. Offensichtlich trifft Christo eine starke Bereitschaft in unserer Zeit, seinen Zugängen entsprechend Sehen erfahren zu lernen.

Der über 40 km lange „Running Fence“ über kalifornische Äcker bis in den Ozean ist eine der größten Aktionen Christos, die in jahrelanger Vorarbeit mit den Farmern entwickelt und schließlich von ihnen gegen Administrative Verbote zusammen mit Künstlern und freiwilligen Helfern durchgeführt wurde. Ein Film dokumentiert die Diskussion vorher, die Konstruktionsarbeit und die Wirkung des nach zwei Wochen wieder entfernten Vorhangs.

„Unser progressiver Uni-Alltag“

Oldenburger Studenten ergreifen Initiative für Selbsthilfegruppen

Angst, Isolation, Arbeitsschwierigkeiten, Probleme in der Partnerschaft oder der Familie, Leistungsdruck, Konkurrenzkampf - mehr oder weniger stark sind wir wohl alle von solchen Erfahrungen betroffen. Aber wir erleben sie erstmal als einzelne, für uns alleine, und fühlen uns oft kaum in der Lage, mit anderen darüber zu sprechen. Erst, wenn es überhaupt nicht mehr auszuhalten ist, suchen wir u.U. Hilfe bei Beratungsstellen und Therapeuten.

RCDS will Stupa-Neuwahlen per Gerichtsbeschuß erreichen

Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingereicht

Klage hat der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) gegen die letzten Studentenparlamentswahlen erhoben. Die Studentengruppe, die wie in den Vorjahren nur geringe Resonanz bei den Oldenburger Studenten fand, möchte die Wiederholung der Wahlen erreichen. Als Begründung führte ihr Anwalt, der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Heinrich Nierweth, unter anderem die Tatsache an, daß der ASTA in einem Flugblatt zur Nichtwahl des RCDS aufgerufen hat.

Die Klage ist eine Reaktion auf die Entscheidung des Ältestenrates des Studentenparlaments, den ebenfalls vom RCDS eingelegten Widerspruch gegen die Wahl abzuweisen. Die Begründung fiel dabei rein formal aus: Das Schreiben des Rechtsanwaltes war nicht rechtzeitig eingegangen. Nach einer Mitteilung Nierwerts ist dieses Versäumnis auf eine Auszubildende zurückzuführen, die bei der Versendung der Post einen Fehler gemacht habe.

Für die Berechtigung der Wahlanfechtung führte der Rechtsanwalt in seiner Klageschrift drei Punkte auf:

- Das Wahlgeheimnis sei bei den Stupa-Wahlen nicht gewährleistet gewesen, da keine Wahlkabinen aufgestellt worden seien.
- Die Chancengleichheit sei dadurch beeinträchtigt worden, daß die Kandidatenvorschläge des RCDS vom Informationsbrett bereits am ersten Tag des Aushangs abgerissen worden seien.
- Die Wahl sei auch nicht frei gewesen, weil der ASTA als Organ einer

Eine andere und vielleicht auch schöner Möglichkeit ist es, diese Probleme in Selbsthilfegruppen zu bearbeiten. An anderen Unis (z.B. Gießen und Bochum) gibt es seit langem bereits ein ganzes Netz von Selbsthilfegruppen, die sehr gut laufen.

In diesem Semester haben wir in Zusammenarbeit mit der psychosozialen Beratungsstelle eine Initiative für Selbsthilfegruppen an dieser Universität geschaffen. Von uns aus sind

bisher geplant: eine Gruppe „Studentinnen mit Kind“, eine Gruppe „Kontaktschwierigkeiten“ sowie eine Körperfahrunggruppe.

Am Dienstag, dem 1. Juli, um 18.00 Uhr wollen wir in der Teestube VG 3. Stock eine Informationsveranstaltung durchführen, auf der wir über unsere Wünsche, Ideen und Pläne berichten. Vor allem natürlich auch darüber, wie Selbsthilfegruppen überhaupt arbeiten. Außerdem wollen die Teestubengruppe und eine Gruppe, die mit Plastiken soziales Verhalten an der Uni verdeutlicht hat, und die Mitarbeiter der PSB über ihre Arbeit und Erfahrungen berichten.

Wer sich an der Vorbereitung der Veranstaltung beteiligen möchte, sollte zu unserem Mittwochstreffs (18.00 Uhr Teestube VG) kommen. Nachrichten und Vorschläge erreichen uns über Marion Göhler, Jahnstr. 13, Oldenburg, oder über die Postfächer der PSB (Mensagang, VG 010).

Selbsthilfeinitiative

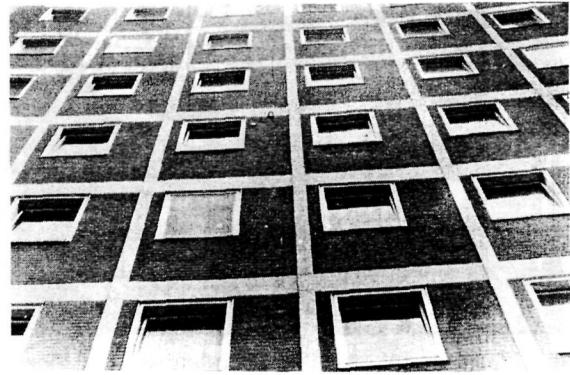
Lebenshilfe Leer wünscht Ausbildung in Oldenburg

Die Mitarbeiterversammlung der Lebenshilfe Leer e.V. fordert in einer Resolution an die Ministerien für Soziales, Wissenschaft und Kunst sowie an das Kultusministerium die Einrichtung eines Seminars für die Sonderpädagogische Zusatzausbildung für Erzieher, die in anerkannten Tagessiedlungsstätten arbeiten. Dieses Seminar sollt an der Universität in Oldenburg gegründet werden. In einem Schreiben des Betriebsrates heißt es zur Begründung dieser Forderung, daß nach der Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes von den Erziehern, die nach dem 1.4.1976 eingestellt worden seien, diese Zusatzausbildung verlangt werde. Bis her sei die Universität in Hannover für einen zweijährigen Lehrgang zuständig gewesen. Dieser Standort stellt nach Auffassung der Betroffenen jedoch eine erhebliche persönliche und finanzielle Belastung dar. Eine „erhebliche Erleichterung“ wäre es dagegen, wenn dieses Seminar an der Universität in Oldenburg eingerichtet würde. Schließlich weist der Betriebsrat darauf hin, daß sich die Mitarbeiter in ihrer Freizeit forbilden und von daher Unterstützung verdienen.

10.000 Lehrer können sich im Schulhalbjahr 1980/81 in Niedersachsen weiterqualifizieren. Nach einer Mitteilung des Kultusministeriums liegen die inhaltlichen Schwerpunkte der Kurse bei der Weiterbildung für Lehrer, die ausländische Kinder, Religion, Arbeit-Wirtschaft-Technik oder im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr unterrichten. Die meisten Kurse werden für Lehrer an Gymnasien angeboten.

Prozeß um Gierke erneut verschoben

Der Rechtsstreit zwischen dem Sozialwissenschaftler Willi Gierke, Promotionsstudent an der Universität Oldenburg, und der niedersächsi-



Trotz vieler Wohnungen unter einem Dach können die Studentenwohnheime die Gefahr der Isolierung nicht aufheben. Zunehmende Psychische Probleme lassen die Forderung nach neuen Wohnformen erheben.

Unkonventionelle Studieneinführung

Einen neuen Versuch zu einer unkonventionellen Studieneinführung und -beratung startete die Fachschaft Musik für die neuen Musikstudenten. Im Mittelpunkt stand dabei ein Wochenende nur für Erstsemester direkt vor Beginn der Orientierungswoche. Treffpunkt war zunächst die Universität, wo die fachspezifischen Räumlichkeiten und Arbeitsplätze, Instrumente und Geräte vorgestellt wurden und auf andere wichtige Uni-Bereiche hingewiesen wurde, ohne daß der Uni-Betrieb dabei störte.

Auf das Vortragen von Referaten über ELAB, Ossietzky, Studiengangsordnung etc. wurde verzichtet, da, wie die Fachschaft Musik in einem Bericht zusammenfaßt, „die Bedürfnisse sich in erster Linie auf das

Kennenlernen bezogen.“ Ein „Info für Musiker“, in dem u.a. diese Referate abgedruckt waren, lag jedoch für alle Interessierten bereit (wie auch eine entsprechende Anzahl von Veranstaltungsverzeichnissen), so daß sich jeder informieren konnte. Ein Info-Café bot den Erstsemestern die Möglichkeit, weitere Informationen auszutauschen und Eindrücke im gemeinsamen Gespräch zu verarbeiten. Es war aber auch vor allem ein Ort, von dem die Erstsemester wußten daß sie dort Bekannte treffen würden. Die neuen Kenntnisse konnten am Ende der O-Woche in einer „Orientierungsralley“ umgesetzt werden. Abschluß der Aktivitäten war ein „Klönschnack“ am letzten Abend.

Leserbrief

In der Ausgabe 7/80 wurde ein Erlaß des Ministers für Wissenschaft und Kunst veröffentlicht, und zwar lediglich zu Zwecken der Sprachregelung. Als Betroffener möchte ich dazu anmerken:

Bereits während meines Mathematik-Studiens habe ich begonnen, die berufliche Praxis von Mathematikern in Wirtschaftsunternehmen zu untersuchen. Nach dem Examen habe ich jahrelang an der Universität Bielefeld an diesem Thema gearbeitet. Nach dem Willen der Carl-von-Ossietzky-Universität soll ich in diesem Beruf hier weiterarbeiten. Meine Ernennung erfolgt nicht, mir wird verboten, in meinem Beruf zu arbeiten und von daher Unterstützung verdienen.

Minister Pestel in seinem Erlaß: „Wer dem Staate dienen will, darf nicht gegen den Staat und seine Verfassungsordnung aufbegehren und anrennen wollen.“ Nun bin ich allerdings der Meinung, daß ich im Rahmen der Verfassung auch für Veränderungen unserer Realität eintreten darf, und dieses Recht nehme ich in Anspruch. Begehr ich damit auf? Denn was halten mir Verfassungsschutz und Ministerium vor? Ich hätte bei den Wahlen zum EG-Parlament für die DKP kandidiert. Eine legale Partei kandi-

Leserbrief

dert wie andere Parteien auch. Das soll „Anrennen“ sein? Als Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba arbeite ich mit Bundestagsabgeordneten und Bundesregierung zusammen. Das ist auch „Anrennen und Aufbegehren“?

Ich habe jahrelang in Bielefeld und Oldenburg gearbeitet, ohne daß mir je auch nur der Vorwurf gemacht wurde, unsachlich oder politisch ein seitig, geschweige denn parteipolitisch in Lehre und Forschung gewirkt zu haben. Das zählt nicht, wohl aber die Anspruchnahme verfassungsmäßiger Rechte. Was Herr Pestel aber mitträgt ist die Besitzpfeile, denn selbst Leserbriefe und Urlaubsgrüße an die Zeitung der DKP werden fein säuberlich zusammengetragen, notiert und archiviert.

Bei solchem Vorgehen darf sich Herr Pestel nicht wundern, wenn mittlerweile nicht nur in unserem Land, sondern in vielen Ländern für dieses verfassungseinfändliche Vorgehen immer mehr ein Wort benutzt wird, das auch mit einem „Ausprache-Verbot“ nicht aus der Welt geschafft werden kann: Berufsverbot.

Horst-Eckart Gross



schen Landesregierung bleibt vorläufig weiterhin offen.

Die für den 10. Juni anberaumte Beweisaufnahme konnte nicht stattfinden, da das Gericht es versäumt hatte, die erforderlichen Aussagegenehmigungen für die neu geladenen Zeugen einzuhören. Ein neuer Termin ist für den August zu erwarten. Gierke war im November 1976 aus politischen Gründen eine Anstellung

in einem befristeten Forschungsplausionsprojekt an der Technischen Universität Hannover verweigert worden. Er klagte in 1. Instanz er folgreich: Das Arbeitsgericht Hannover verurteilte die Landesregie-

rung zu einer Gehaltsnachzahlung von acht Monaten. Es hielt die Voraussetzungen - Kandidaturen Gierkes für die DKP und den MSB Spartakus - für nicht ausreichend und die Zeit der politischen Überprüfung für zu lange.

Bei dem jetzigen Termin gab der vorsitzende Richter in einer rechtlichen Erörterung zu verstehen, daß er die Urteilsgründe des erinstanzlichen Urteils zwar nicht voll teile, Gierkes Ansprüche aber zumindest teilweise für berechtigt halte. Er schlug einen

Vergleich von vier Monatsgehältern vor, dem der Vertreter der Landesregierung jedoch nicht ohne Rücksprache zustimmen wollte.

Sorge um weitere Langzeitschäden

Giftstoff wurde nach Analyse durch Wissenschaftler aus der Produktion genommen

Eine außerordentlich positive Zusammenarbeit hat sich zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zwischen dem Betriebsrat einer Kartonfabrik im Verwaltungsstellenbereich Leer der IG Chemie Papier Keramik und der Universität in Oldenburg entwickelt. Der Betriebsratsvorsitzende dieser Firma zieht nach eingehenden Untersuchungen des Biochemikers Professor Dr. Höpner und des klinischen Chemikers Dr. Butte erfolgreiche Bilanz: „Die Dinge haben wir im Griff.“

Im Mai 1978 hatte die Verwaltungsstelle der IG Chemie berichtet, daß Arbeitnehmer an Pappemaschinen dieser Firma unter gesundheitlichen Beschwerden litten. Das Rohrleitungssystem dieser Maschinen wurde regelmäßig mit Pentachlorphenol (PCP) entkeimt. Die damit verbundene Gefahr war von den Beschäftigten und auch vom Betriebsrat zunächst nicht klar erkannt worden, nicht zuletzt deswegen, weil, wie der Betriebsratsvorsitzende erklärte, „statt des schlichten deutschen Wortes 'Gift' der entsprechende Ausdruck in französischer Sprache aufgedruckt war.“ Für den Betriebsrat gab es grundsätzliche Probleme, weil Schulungen die Auswirkungen gefährlicher Arbeitsstoffe nicht genügend berücksichtigen.

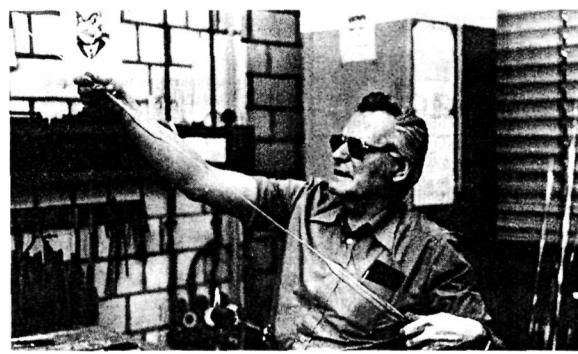
Der giftige Charakter von PCP war zwar bekannt, jedoch war eine Belastung von Arbeitnehmern über die Atemluft in der arbeitsplatztoxikologischen Literatur kaum berücksichtigt worden. In Laborversuchen in der Universität fanden Dr. A. Schrempf und der Chemotechniker C. Orlizcek, daß PCP unter Anwendungsbedingungen des Betriebes jedoch außerordentlich leicht mit dem Wasserdampf in die Raumluft gelangt.

Aufgrund dieses Ergebnisses schaltete die IG Chemie Leer das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg ein. Während der Aktionen der IG Chemie und des Betriebsrates setzte die Firmenleitung das Mittel PCP ab. Die

desverwaltungsamt (Institut für Arbeitsmedizin, Immissions- und Strahlenschutz) geprüft worden. Daraus wurden keine Bedenken gegen den Einsatz erhoben.

In seiner positiven Einschätzung zum Ausgang der Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsrat, der IG Chemie und der Oldenburger Universität kommt der Betriebsratsvorsitzende zu der Schlüffolgerung: „Im Grunde genommen ist ohnehin erst durch die von der Universität erbrachte Erkenntnis der Wasserdampfgefährlichkeit von PCP die weitere Tätigkeit des Betriebsrates in der Sache PCP beeinflußt worden. Betriebsräte sind mit der Hilfe der zuständigen Gewerkschaften auf die Hilfe von außerhalb, von unabhängigen 'Fachorientierten' Stellen angewiesen. Die Zusammenarbeit sollte verstärkt werden....“

uk



Arbeitsplatz Universität: Glasbläser bei der Arbeit

Arbeitsplatz Universität

Weiterbildungsveranstaltungen des Personals

Im Mai dieses Jahres konnte erstmals ein Programm für die Beschäftigten der Universität vorgelegt werden. Das Kursangebot, das auf der Grundlage einer Umfrage erstellt wurde, umfaßt sechs Veranstaltungen, die von Juni bis Oktober stattfinden sollen. Die Kursdauer wird als Dienstzeit angerechnet. Dieses gilt auch für halbtags beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Weiterbildungsveranstaltungen lagen zahlreiche Anfragen vor. Zur Zeit sind die einzelnen Angebote jedoch noch nicht ausgebucht, so daß das Zentrum für Weiterbildung darauf hinweist, daß weitere Anmeldungen entgegengenommen werden. Folgende Kurse wurden für die nächste Zeit vorbereitet:

- „Arbeitsplatz Universität“ heißt der Kurs, mit dem Gudrun Buchholz und Henning Schrimpf sich an die Kolleginnen und Kollegen wenden, die schon länger an der Universität beschäftigt sind, aber noch keine Gelegenheit hatten, an dem Einführungskurs teilzunehmen. Ihrem Informations- und Diskussionsbedürfnis soll mit diesem Kurs entsprochen werden. Er beginnt am 7. Juli.

- „Die Universität als Arbeits- und Lebensraum“ ist ein Kurs mit eher experimentellem Charakter. Es soll versucht werden, sich mit dem Medium der Fotographie, Situationen, wie sie sich im Universitätsalltag ergeben, anzunähern, eine Sensibilisierung der Teilnehmer zu bewirken und diese mit kommunikationstheoretischen Ansätzen auf anschauliche Weise bekannt zu machen. Dieser Kurs soll am 2. Juli beginnen.

Für alle Kurse ist die Anmeldung umgehend erforderlich. Nähere Informationen: Zentrum für Weiterbildung, VG 311, App. 385 oder VG 307, App. 382 (W. Dröge).

Christine Vogt

Pentachlorphenol im Jadebusen?

Das BMFT hat dem Projekt „Lebensraum Küstenbereich“ einen Forschungsförderungsantrag bewilligt, mit dessen Hilfe geprüft werden soll, ob eine achtjährige, Ende 1978 beginnende Einleitung pentachlorphenolhaltiger Abwässer zu heute noch nachweisbaren Belastungen des Wattwassers geführt hat. Die in Kooperation mit dem Bremerhaven-Institut für Meeresforschung durchgeführte Untersuchung wird mit 168.000 DM gefördert. Die Leitung haben Prof. Dr. Th. Höpner und Dr. W. Butte.

Forschungsprojekt Fachkommunikation

Seit Dezember 1979 läuft an der Oldenburger Universität unter der Leitung des Juristen Professor Dr. Klaus Lenk das Forschungsprojekt „Rechtsprobleme der Fachkommunikation“ (Mitarbeiter: Dr. Herbert Schwab, Josef Diekmann). Das aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie geförderte Projekt befaßt sich mit der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen zur rechtlichen Gestaltung von Prozessen der Fachkommunikation.

Unter Fachkommunikation wird die Vermittlung der für die Arbeit in einem Fachgebiet erforderlichen Information verstanden. Fachkommunikation beschränkt sich aber nicht auf die Kommunikation unter Wissenschaftlern oder beruflichen Praktikern (Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, Rechtsanwälten). Auch wenn ein einzelner Bürger oder eine Bürgerinitia-

tive um fachliche Informationen nachsucht, handelt es sich um Fachkommunikation (sog. Alltagskommunikation). Nach einer ersten Strukturanalyse des Gesamtbereiches sind demnach drei Ebenen zu unterscheiden: die Fachkommunikation unter Wissenschaftlern, die unter beruflichen Praktikern und schließlich die Alltagskommunikation. Bereits durchgeführte Teilstudien haben sich mit Problemen des Zugangs zu Informationen (Frage des Bestehens von Informationsbarrieren), möglichen Rückwirkungen neuerer Formen der Informationsvermittlung (Informationsabruf von einem Bildschirmterminal) auf die „klassischen“ Informationsmittler (z.B. Buchhandel, Verlage, Bibliotheken) und dem Spannungsverhältnis zwischen der verfassungsrechtlich

gebotenen Informationsvielfalt und der Gefahr einer Informationsüberlastung des Endnutzers beschäftigt. Zur Zeit arbeitet die Forschungsgruppe an einer systematischen Erfassung der Tätigkeiten von Informationsvermittlern, an Fragen des Urheberrechtes (Fotokopierproblematis) und an verfassungsrechtlichen Fragestellungen. In einem letzten Schritt der Untersuchung werden rechtliche und politische Probleme der Alltagskommunikation, u.a. am Beispiel der Entwicklung des Bildschirmtextes, behandelt. Dabei geht es um Fragen der inhaltlichen Ausgewogenheit der Angebotsgestaltung und der Gleichheit der Kommunikationschancen.

Im Frühjahr 1981 will die Gruppe

Vorstellungen zur rechtlichen und politischen Absicherung eines neutralen und pluralistischen Informationsangebotes vorlegen. Diekmann

angeschlossen haben. Die zur Zeit noch bestehende Beschränkung auf experimentalwissenschaftliche Methoden wird als Mangel empfunden, die Aufnahme von Planungs-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern ins Projekt wird angestrebt. Die meisten naturwissenschaftlichen Studenten des Projekts 44 haben den Wechsel mitgemacht. Das neue Projekt setzt die traditionell intensive Mitarbeit in der ELAB fort. Der neue Name soll eine seit 1974 bestehende Kontinuität betonen: „Lebensraum Haareniederung“ hatte das Projekt 44 geheißen, bis die sich an die Küste erstreckende Forschungs- und Untersuchungstätigkeit das Korsett dieses Ur-Namens gesprengt hatte.

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

**Die richtige Adresse
für erstklassige und
preiswerte
FOTOKOPIEN
in Oldenburg:**

COPIER SERVICE
AMMERLÄNDER HEERSTRASSE 88 TELEFON 52091

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Littmanndruck

Offsetdruck, Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (0441) 27051/52

Ihr Partner bei all' Ihren
Aufgaben für die
Druckindustrie

Fund Sachen

Nach Ihrer Mitteilung vom 5.5.1980 haben Sie den Schlüssel von Ihrem Zimmer AVZ 5-410 verloren. Diese Angaben reichen zur Prüfung dieser Angelegenheit leider nicht aus. Ich bitte Sie, die näheren Umstände des Verlustes (Ort und Zeitpunkt) zu schildern und mir mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie ergriffen haben, den Schlüssel wiederzufinden.

Schreiben des Dez. IV an Professor Dr. Wolff. Antwort Wolffs:

Ein Mensch, der manchmal was verliert, weiß selten, wo ihm das passiert. Ob des Verlustes angeklagt und peinlich auch des „Wie“ befragt, besinnt er sich, wo er gewesen und tut deshalb den Stadtplan lesen. Drauf kann er manche Orte nennen, der Straßen Namen, die zu rennen er jeden Tag gezwungen ist. Ob es ihm damit auch gelungen ist, zu weisen des Verlustes Stelle, ist zweifelhaft. Doch ganz schnell genügt er so der Forderung der Obrigkeit auf Fundsuchung. Drum merke: Wenn eine Sache zu beheben, wird immer einen Weg es geben, zu füllen Akten Seit um Seiten mit überflüssigen Schreibarbeiten.

*

„In einem alten Notizbuch fand ich Ihre Anschrift. Vor ca. 18 Jahren habe ich bei Ihnen unbedruckte Fahrkarten als Arbeitsmittel für 1./2. Schuljahr bestellt. Kann man die noch bekommen und wenn ja in welchen Mengen?“ Helga Sielmann in einer Karte an das „Institut für Arbeitsmittel an der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg.“

Parkmöglichkeiten im Grünen



Damit lange Lastzüge die Baustellen-ein- und Ausfahrt am Uhlhornsweg passieren können, wurde vom Ordensamt der Stadt ein Halteverbot an beiden Straßenseiten erlassen. Ein Ersatzparkplatz wird während der Sommersemesterferien nördlich vom AVZ gebaut. In der Zwischenzeit ist es gestattet, auf dem Grünstreifen vor dem AVZ zu parken. Dazu soll es

erlaubt sein, wie die Verwaltung der Universität mitteilt, den Gehweg zu überqueren, ohne daß Strafzettel verteilt werden. Diese Maßnahme trifft nicht auf ungeteilte Zustimmung, weil damit das letzte bishöfliche Grün am AVZ zerstört wird, während im Parkhaus die Paletten zum Teil leerstehen.

Foto: Koopmann

Kurz notiert

Die Freie Universität Berlin hat einen Modellversuch „Ergänzendes Aufbaustudium und weiterbildendes Studium für das Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit“ erarbeitet. Dieses Qualifikationsangebot richtet sich an Absolventen von Hochschulen und an Praktiker - auch ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Die Bundesregierung hat sich am 22. Mai durch ihren parlamentarischen Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, Björn Engholm, ausdrücklich für die Beteiligung der Gewerkschaften in der fachbezogenen Studienreformdiskussion ausgesprochen. Die Studienreform müsse sich entwickeln und bewahren im Span-

Kurz notiert

Kurz notiert

nungsfeld von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Das Hochschulrahmengesetz sieht deshalb auch ausdrücklich die Beteiligung von Vertretern der Berufspraxis - jetzt also auch der Gewerkschaften - an der Studienreform vor. Engholm beantwortete eine kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Weiskirchen, der die Einschätzung der Bundesregierung über die Beteiligung der Gewerkschaften an der überregionalen Studienreform wissen wollte.

Die Ruhr-Universität Bochum bietet als Träger des Modellversuchs „Hochschulpädagogische Ausbildung“ in ihrem Sommer-Programm 1980 verschiedene Veranstaltungen zur Fortbildung, Beratung und zum Training für Lehrende an Hochschu-

len an. Als Kooperationspartner beteiligen sich die Gesamthochschule Duisburg, die Universität Essen, die Gesamthochschule Dortmund und die Hochschulen in Aachen an dem Versuch. Das genaue Veranstaltungsverzeichnis ist bei der Ruhr-Universität Bochum, Postfach 102148, 4630 Bochum, zu erhalten.

Die BdWi Sektion Oldenburg macht auf eine Mittagsgesellschaft zum Kongreß „Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von Franz Josef Strauß“ am 27./28. Juni 1980 in Bonn aufmerksam. Das Programm des Kongresses und die Teilnehmerliste hängen am BdWi-Brett im Erdgeschoss des VG aus.

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde eingestellt:
Luise Karkheck (bodenkundliche Kennzeichnung und Nuklidtauscheigenschaften von Marschböden) im Fachbereich IV
In der Bibliothek wurden eingestellt:
Annelie Schönichen
Hedda Dabelstein
In der ZETWA wurden eingestellt:
Rolf Weinert (Chemielaborant)
Renate Bähr (technische Assistentin)
Sabine Seffer wurde als technische Angestellte im Fachbereich I eingestellt.
Helge Meyer wurde als Hausmeister im Dezernat 4 eingestellt.

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde eingestellt:
Luise Karkheck (bodenkundliche Kennzeichnung und Nuklidtauscheigenschaften von Marschböden) im Fachbereich IV
In der Bibliothek wurden eingestellt:
Annelie Schönichen
Hedda Dabelstein
In der ZETWA wurden eingestellt:
Rolf Weinert (Chemielaborant)
Renate Bähr (technische Assistentin)
Sabine Seffer wurde als technische Angestellte im Fachbereich I eingestellt.
Helge Meyer wurde als Hausmeister im Dezernat 4 eingestellt.

Anhörungen

„Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt: Theorie internationaler Beziehungen“ C 3 am Mittwoch, 25. Juni 1980, VG 206
8.00-9.00, Dr. Georg Simonis (Konstanz), 9.00-10.00, Dr. Wolfgang Schöller (Berlin), 10.00-11.00 Dr. K. Busch (Osnabrück), nachmittags VG 302

15.00-16.00, Dr. E. Häckel (Bonn), 16.00-17.00 Prof. Dr. M. Knapp (Frankfurt), 17.00-18.00, Dr. Kai Schellhorn (Unterfinning), Montag, 30. Juni 1980, VG 509

14.00-15.00, Dr. Othmar Haberl (Essen), 15.00-16.00, Dr. Peter Schulze (Berlin)

„Sonderpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Probleme Geistigbehinderter“ C 4 am Mittwoch, 25. Juni 1980, Birkenweg 3

8.30, Dr. Etta Wilken (Hildesheim), 9.45, Dr. Hans-J. Schmutzler (Dortmund), 14.00, Prof. Dr. Heinz Mühl (Mainz), 15.15, Dr. Hermann Meyer (Dortmund), 16.30, Dr. Ferdinand Klein (Erlangen), 17.45, Dr. John F. Kane (München), 19.00, Dr. Walther Dreher (Köln)

Personalien

Dr. Urho Mäkiranta, Universität Oulu (Finnland), der als Vegetationskundler und Ökologe schwerpunktmäßig über Wasservegetation arbeitet, besuchte gemeinsam mit dem Biologen Dr. Gerhard Wiegleb verschiedene Gewässer im Nordwesten Niedersachsens, um über Probleme der Ökologie der Wasserpflanzen zu diskutieren.

Als wissenschaftliche Angestellte wurden eingestellt:

Wolfgang Bächtle (theoretische Physik) im Fachbereich IV

Kurt P. Günther (experimentelle Physik) im Fachbereich IV

Christian Leszczynski (Aufbau einer Psycho-sozialen Beratungsstelle) in der Zentralen Studienberatung

Norbert Mc Laughlin (Lektor im Fach Englisch) im Fachbereich II

Anne-Maria Schäfer (anorganische Chemie) im Fachbereich IV

Dr. Bernd Meyer (organische Chemie) im Fachbereich IV

Dr. Colin Black (Didaktik der englischen Sprache und Literatur) im Fachbereich II

Norbert Meissner (Ausbreitungsmodelle) im Fachbereich IV

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde eingestellt:

Luise Karkheck (bodenkundliche Kennzeichnung und Nuklidtauscheigenschaften von Marschböden) im Fachbereich IV

In der Bibliothek wurden eingestellt:

Annelie Schönichen

Hedda Dabelstein

In der ZETWA wurden eingestellt:

Rolf Weinert (Chemielaborant)

Renate Bähr (technische Assistentin)

Sabine Seffer wurde als technische Angestellte im Fachbereich I eingestellt.

Helge Meyer wurde als Hausmeister im Dezernat 4 eingestellt.

Spedition Möbeltransport International DEUS

TEL. (04 41) 71001

Anna Thye

Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENDURG
Schloßplatz 21/22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

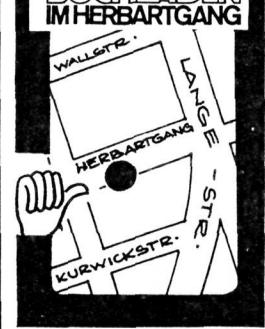
*

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



1871-1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG



JEANS von Horten

Levis · Wrangler · Pioneer · Loids · Settler

2 Stunden

Examensarbeiten-Service

Fotokopien
Buchbindearbeiten
Zeitschriften Berichte



HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Schreibmaschinen

neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelkopfschreibmaschinen ab DM 759,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!

EBS ERLBECK

Weddigenstraße 3 · 2900 OLDENDURG · Fernruf (04 41) 85125

Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Littmann druck

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben für die Druckindustrie

Offsetdruck · Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52

SPANHAKE

aktuell
an · basteln · basteln · bas

Jeder braucht ein Hobby

Auch Du!

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.

Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!

oldenburg - lange str.

Grund- & bodensolide

ÖBS

Immobilien
GmbH

OLDENBURG MARKT RUF 04 41/23 71

Mit der ÖBS den Grundstein legen.

ÖBS

Öffentliche
Bausparkasse

OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN

Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil